



Tagesordnung I Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 7. September 2016

Vorlagen-Nr. 16-F-08-0032

Wiesbadener Ferienkarte - Teilhabechancen erhalten

- *Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14.07.2016 (BP0190)* -

Aufgrund von Kürzungen soll es die bisherige Ferienkarte, die bislang alle Wiesbadener Familien für 26 Euro kaufen konnten, in diesem Jahr nicht mehr geben. Der geplanten Einsparung von 75 000 Euro beim städtischen Ferienprogramm soll die bisherige Familienkarte zum Opfer fallen.

Außerdem wird es infolge dieser Kürzung die kostenlose Ferienkarte in diesem Jahr nur noch für 2 500 Kinder und Jugendliche aus Familien, die Leistungen nach SGB II beziehen, geben. Laut Wiesbadener Geschäftsbericht SGB II für 2015 bezogen 9 422 Personen unter 15 Jahren und 3 845 Personen zwischen 15 und 25 Jahren Leistungen nach SGB II. Damit werden über 10 000 Kinder und Jugendliche, die an der Ferienkarte interessiert sein könnten, von einer gleichberechtigten Teilhabe und Teilnahme an den Freizeitveranstaltungen ausgeschlossen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle deshalb beschließen:

1. Die Wiesbadener Ferienkarte bleibt erhalten.
2. Um eine weitere Verringerung von Teilhabechancen zu verhindern, werden die Kürzungen im Wiesbadener Ferienprogramm wieder zurückgenommen.
3. Der Magistrat wird beauftragt, eine Sitzungsvorlage zu erstellen, aus der die Deckung der erforderlichen Mittel hervorgeht.

Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 14.07.2016

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

Neu Punkt 4.:

„Die Angebote der Wiesbadener Ferienkarte müssen ständig überprüft und evaluiert werden, damit diese seitens der Stadt auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen zugeschnitten werden können. Zudem ist zu gewährleisten, dass Hilfsbedürftige einen transparenten und verständlichen Überblick über alle Angebote erhalten.“

Beschluss Nr. 0060

1. Die Wiesbadener Ferienkarte bleibt erhalten.
2. Die Angebote der Wiesbadener Ferienkarte müssen ständig überprüft und evaluiert werden, damit diese seitens der Stadt auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen zugeschnitten werden können. Zudem ist zu gewährleisten, dass Hilfsbedürftige einen transparenten und verständlichen Überblick über alle Angebote erhalten.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2016

Rutten
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .09.2016

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2016

Dezernat I
Dezernat II
Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister